

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Danzoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefonanschrift: Copabauß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalende, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeitschriften ist Berlin.

Berlin, den 11. Juli 1931

Intern. Gesch.
Soc. Geschichte
Amsterdam

Ein Musterländle der Nazis.

(Von unserem Danziger Korrespondenten.)

SPD. Danzig, den 11. Juli (Eig. Bericht)

Wenn heute in Deutschland ein Nazi-Agitator glühende Propagandareden gegen Notverordnung und andere gesetzgeberische Massnahmen hält, dann könnte man ihn mit einem Wort zu einem verlegenen Schweigen zwingen. Dieses Zauberwort heisst "Danzig".

Danzig, ein deutsches Ländchen mit etwa 400 000 Einwohnern, ist wirtschaftlich abhängig von Polen. Kulturell verbunden mit Deutschland, politisch selbständig. Seit den Volkstagswahlen im November 1930, als die Danziger Wähler dem deutschen Beispiel der Septemberwahlen folgten, hat Danzig eine rein bürgerliche Regierung, die von der Gnade der Nazis abhängt. Jeder Schritt der Regierung muss von den Hakenkreuzlern genehmigt werden. Und was in Danzig geschieht, muss in München entschieden sein. Zunächst wurden in Danzig die sozialen Rechte der Arbeitnehmerschaft, die in einer früheren Linkskoalition ziemlich weit ausgebaut werden konnten, rigoros beschnitten. Die Erwerbslosenfürsorge wurde enorm verschlechtert, die Erwerbslosen auf dem Lande können ihre Unterstützung nur noch in Naturalien erhalten, die Erwerbslosen der Stadt können - was unter der Linksregierung nicht möglich war - ausgesteuert werden. Die Mieten, bis zum Beginn des Nazi-Regimes verhältnismässig niedrig, wurden stark erhöht, der Mieterschutz wurde dagegen erheblich eingeschränkt. Die Steuern für die arbeitende Bevölkerung wurden gesteigert, die Steuern für die Besitzenden - um dem Kapital einen Anreiz zu geben - wurden abgebaut. Danzig, ein Musterländle der Nazis, ist dadurch wirtschaftlich und sozial auf einen Tiefpunkt zurückgeworfen worden, den es vorher nie erlebt hat.

Abgesehen davon, haben die Nazis sich zu den Totengräbern des Freistaates überhaupt entwickelt. Durch den nationalistischen Kurs hat das Vertrauen des Auslandes zur Stabilität der Verhältnisse eine starke Erschütterung erlitten. Es kommt kein Geld herein, es kann nicht gebaut werden. Früher wurden jährlich Tausende neuer Wohnungen errichtet, heute ist alles tot. Danziger Waren werden in Polen boykottiert. Die Nationalisten in Danzig arbeitenden Nationalisten in Polen in die Hände. Danzig war eine Stadt des Fremdenverkehrs, heute sind die Fremden zu zählen. Erhöhte Not, erhöhte Arbeitslosigkeit sind die zwangsläufige Folge. Die wirtschaftliche Existenz des Freistaates ist in Gefahr geraten. Darüber hinaus aber sind die politischen Zustände derartig unruhig und unsicher, dass der Freistaat in dieser Beziehung zu einem gefährdeten Boden geworden ist. Innenpolitische Vorgänge haben in diesem kleinen Lande aussenpolitische Wirkungen. Unruhen können den Anlass bilden, dass der Völkerbund für Ruhe sorgt. Insofern haben die Nazis in Danzig - ähnlich wie in Südtirol - den schwersten "Landesverrat" getrieben. Sie haben wiederholt Ueberfälle auf Andersgesinnte verübt. Sehr häufig wurden Arbeiter niedergeschossen oder niedergeschlagen, organisierte Rowdytaten waren an der Tagesordnung. Die werktägige Bevölkerung scharte sich mehr denn je um die Sozialdemokratie. Das erste, nach aussen hin sichtbare Zeichen

der Stimmung der Bevölkerung über die Nazi-Regiererei zeigte sich in einem starken Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei den kürzlich stattgefundenen Kreistagswahlen.

Seit diesen Wahlen hat sich die Lage in Danzig weiter verschärft. Die Empörung der Bevölkerung über die Banditenstrieche der gelben Horden stieg, als in einem kleinen Dörfchen des Freistaats acht Arbeiter niedergeschossen, als Mitglieder bürgerlicher Organisationen niedergeknüppelt wurden, und als an einem Sonntag, an dem die Arbeitersportler ein grosses Fest veranstalteten, die Hakenkreuzler einen gross angelegten organisierten Ueberfall auf Mitglieder des Arbeiterschutzbundes, der starken Wehrorganisation der Sozialdemokratie, verübten. Es kam zu einer regelrechten Strassenschlacht, bei der sich allerdings die Fäuste der Proletarier ziemlich Geltung verschaffen konnten.

Die Folge war, dass die Nazis in Danzig das einführen, was in Deutschland von Goebbels und den anderen Schreihälsen mit einem hysterischen Fanatismus bekämpft wird. Auf Betreiben der Hakenkreuzler wurde ein Maulkorb-Gesetz gegen die Presse, d.h. gegen die sozialdemokratische "Volksstimme" erlassen, ferner ein äusserst einschneidendes Gesetz gegen die politische Freiheit der Bevölkerung, zwei Gesetze, die nur darauf angelegt sind, die Opposition, die Arbeitnehmerschaft, zu knebeln. Nazi-Goebbels hätte sicher seine Freude daran, wenn er wüsste, dass die Gesetze, gegen die er in Preussen Sturm läuft, von dem Danziger Naziblatt als "unzulängliche Mittelchen" charakterisiert werden. Die neuen Gesetze in Danzig gehen über die Republikschutzgesetze in Deutschland hinaus, obwohl es hier in Danzig keine Republik zu schützen gibt. In Deutschland tun die Nazis "empört" über diese Gesetze, in Danzig dagegen spötteln dieselben Nazis darüber, dass sie nicht ausreichen.

Der deutsche Arbeiter und Angestellte sollte an dieser Danziger Praxis die Verlogenheit der in Deutschland propagierten Nazi-"Theorie" genau so erkennen wie es bei der Arbeitnehmerschaft in Danzig bereits der Fall ist. Im Freistaat Danzig, wo man die "Segnungen" des Dritten Reiches unmittelbar zu spüren bekommt, ist die Arbeitnehmerschaft von einem heiligen Zorn gegen die Nazibrut erfasst worden. Immer stärker und unaufhaltsamer bricht sich der Gedanke Bahn, dass nur die Sozialdemokratie die Rettung aus dem heutigen Elend bringen kann. Von allen Seiten strömen der Sozialdemokratie neue Massen zu, einig in dem Wunsch, die Nazipest so schnell und so gründlich als möglich zu beseitigen.

SPD. Reichsbankpräsident Dr. Luther, der am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr von seiner Pariser Reise nach Berlin zurückkehrte, erstattete dem Reparationskomitee der Reichsregierung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers sofort Bericht über den Gang seiner Verhandlungen. Luther bestätigte, dass der gewünschte grosse Auslandskredit zunächst noch nicht zu erlangen ist. Deutschland wird deshalb nach der Auffassung der Reichsregierung wenigstens für die allernächste Zeit versuchen müssen, sich aus eigener Kraft weiter zu helfen.

Es ist bekannt, dass der Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns auf dem Finanzmarkt katastrophale Auswirkungen gehabt hat. Freistaaten, Bankinstitute und Grossunternehmungen des In- und Auslandes wurden davon schwer in Mitleidenschaft gezogen. In endlosen Besprechungen hat sich die Regierung in den letzten Tagen und Nächten den Kopf darüber zerbrochen, wie diesen Auswirkungen begegnet und der drohende Zusammenbruch grosser Institute verhindert werden kann. Es wurden Vorschläge der verschiedensten Art beraten und zahlreiche Pläne ausgearbeitet. Man hörte massgebende Vertreter der Banken, der Industrie und des Handels. Zweck und Ziel dieser fortgesetzten Beratungen war und ist, die letzten Möglichkeiten einer Sanierung des Wirtschaftsmarktes von innen heraus zu prüfen und festzulegen. Mit der Rückkehr Luthers, dessen Besprechungen uns eine sofortige Kredithilfe nicht gebracht haben und Auslandskredite frühestens für Mitte der nächsten Woche erwarten lassen, sind diese letzten Möglichkeiten einer Sanierung akut geworden und als dringende Notwendigkeit in den Vordergrund gerückt. In welche Form sie schliesslich gekleidet werden und wie sie im einzelnen aussehen, wird die Reichsregierung der Öffentlichkeit in einer Kundgebung mitteilen.

die frühestens in der Nacht zum Sonntag, spätestens am Sonntag abend zu erwarten ist.

Man erhofft von dieser Kundgebung bezw. den darin angekündigten Massnahmen eine Beruhigung auf dem Wirtschaftsmarkt, die man bisher vergeblich zu schaffen versucht hat. So will man zugleich eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Aufnahme grösserer Auslandskredite ermöglichen, über die Reichsbankpräsident Dr. Luther am Montag anlässlich der Beratung des Verwaltungsrats der BIZ in Basel weitere Verhandlungen führen wird.

SPD. Hannover, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Erweiterte Schöffengericht in Peine verurteilte am Sonnabend zwei Geschäftsführer der Genossenschaftsbank in Sehnde wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu hohen Gefängnisstrafen.

Die Angeklagten hatten die Bank durch leichtfertige Spekulationen um 850 000 Mark geschädigt, sodass schliesslich der Zusammenbruch folgte. Die Verhandlung ergab einen Einblick in die üble Geschäftsführung solcher ländlicher Genossenschaften. Die Einleger wollten durch Effektspekulation reich werden und mussten schliesslich nach dem Zusammenbruch der Genossenschaft je 3000 Mark als gesetzliche Haftsumme aufbringen. Da alle nur kleine Handwerker und Bauern sind, wurden sie völlig ruiniert.

Den Hauptangeklagten verurteilte das Schöffengericht zu 2 Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Der andere Geschäftsführer erhielt 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis.

SPD. Stuttgart, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

In Stuttgart wurden bei nationalsozialistischen Demonstrationen gegen die Vorführung des Films "Im Westen nichts Neues" 25 Personen verhaftet, die dem Schnellrichter zur Aburteilung zugeführt werden sollen.

Der Polizeipräsident hat durch die Presse und den Rundfunk mitteilen lassen, dass er die Vorführungen des Films, die auf Grund einer Entscheidung der obersten Zensurbehörde erfolgen, schützen und gegen jeden nochmaligen Versuch von Störungen unnachsichtlich einschreiten werden.

SPD. Hannover, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

Von der Justizpressestelle Hannover wird mitgeteilt, dass wegen der Bestechung von Beamten der Hannoverschen Provinzialbauverwaltung bei der hiesigen Staatsanwaltschaft bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Die Akten befänden sich in den Händen der Staatsanwaltschaft, die von sich aus weitere Ermittlungen und Nachforschungen anstellen werde.

SPD. London, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Londoner Albert-Hall fand eine grosse Abrüstungsdemonstration statt, an der die Führer der englischen Parteien und von der Regierung MacDonald teilnahmen. MacDonald erklärte in seiner Rede, dass England das einzige Land sei, das die Abrüstung bereits praktisch in Angriff genommen habe. Er wolle keine Nation mit Namen nennen, aber keine sei bisher dem Beispiel Englands gefolgt. England gehe nach Genfentschlüssen durch Ueberredung, durch Argumente, durch Appelle an das, was schriftlich versprochen wurde, durch Appell an das, was von England bereits getan sei, durch Appell an die Geschichte und durch Appell an die Vernunft die Nationen in der Welt zur Abrüstung zu bringen.

SPD. Amtlich wird bestritten, dass der Brief des Reichskanzlers an Mussolini auf Wunsch des Chefs der italienischen Regierung geschrieben worden sei. Demgegenüber bleiben wir bei unseren Mitteilungen. Aber selbst wenn es so wäre wie amtlich behauptet wird, warum hat man dann Herrn Mussolini den Dank schriftlich und in einer geradezu überschwenglichen Weise übermittelt während man sich keiner anderen Regierung gegenüber auch nur ähnlich verhalten hat? Es ist schon so wie wir es dargestellt haben: Mussolini war wieder einmal sein eigener Reklamechef und die Reichsregierung hat pariert.

SPD. Paris, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

Der "Temps", der seit einiger Zeit wenigstens im Ton gegenüber Deutschland etwas konzilianter geworden ist, veröffentlicht am Sonnabend-Abend über die Unterredungen des Reichsbankpräsidenten Luther einen Bericht, der in einem gewissen Gegensatz zu den Informationen der Morgenblätter steht und die Situation wahrscheinlich richtiger widerspiegelt. Die Zeitung schreibt:

"Wie es scheint, haben die französischen Persönlichkeiten Dr. Luther hauptsächlich darauf aufmerksam gemacht, dass die durch die deutsche Währungs-krise aufgeworfenen Probleme nicht allein unter dem Gesichtswinkel einer internationalen Kredithilfe in nutzbringender Weise gelöst werden können. Sie werden nicht verfehlt haben, die Aufmerksamkeit des Reichsbankpräsidenten auf die psychologischen Faktoren der Krise zu lenken, die natürlich zum grossen Teil politischer Natur sind und deren Verschwinden die erste Bedingung für eine dauerhafte Wiederaufrichtung des deutschen Kredits ist. Dr. Luther wird sich davon überzeugt haben, dass die französische Regierung ebenso wie der Gouverneur der Bank von Frankreich und die Leiter der grossen Privatbanken in diesen Punkten vollkommen übereinstimmen, dass der Reichsbankpräsident davon die Reichsregierung unterrichten wird, in deren Macht es allein steht, die Initiativen zu ergreifen, von denen endgültig die Wirksamkeit einer eventuellen finanziellen Hilfe abhängen wird. Die zugleich offenen und höflichen Erklärungen die im Laufe der Unterhaltungen ausgetauscht wurden, scheinen dazu beigetragen zu haben, jedes Missverständnis zu beseitigen und so in einem gewissen Masse die sehr dunkle Lage zu klären. Der Besuch des Reichsbankpräsidenten wird also nicht nutzlos gewesen sein."

In diesem Bericht ist weder von politischen noch von finanziellen Garantien die Rede. Im Leitartikel des "Temps" heisst es dagegen, dass denjenigen, die bereit sind, der Reichsregierung zu Hilfe zu kommen, Garantien dafür gegeben werden können und müssen, dass die Wiederaufrichtung Deutschlands nicht den Weg für einen Triumph der Hitler-Reaktion oder der bolschewistischen Revolution ebnet. Wenn man diese Garantien nicht erhält, würde man mit der edelmütigen Geste, die man von Frankreich und anderen Mächten verlangt, eine schwere Verantwortung auf sich laden. Es handle sich nicht darum, der deutschen Nation erniedrigende Bedingungen aufzuzwingen, es handle sich für sie darum, sich der Realitäten der Stunde bewusst zu werden, zu erkennen, dass sie sich getäuscht hat und dass man sie getäuscht hat, indem man sie auf den Weg der Revanche getrieben hat und dass man sie betrogen hat, indem man ihr einredete, dass die internationale Zusammenarbeit nur zu ihrem eigenen Vorteil organisiert werden müsste und dass Europa trotz allem reif für den deutschen Frieden sei. Das deutsche Volk müsse jetzt den Mut haben, eine Anstrengung der Aufrichtigkeit zu machen, durch die es allein das Vertrauen zu seiner Aktion wieder herstellen und seinen moralischen und finanziellen Kredit in der Welt wiedererobern könne.

+ + +
Das Berliner Zentrumsorgan, die "Germania" schreibt am Sonnabend-Abend zu den Garantieforderungen:

"Man verlangt in Paris, dass die deutsche Regierung die Megaphone der

nationalistischen Demagogie zum Schweigen bringt, aber man liefert diesem Nationalismus tagtäglich neue Argumente, um gegen die neutigen Machtverhältnisse zu Felde zu ziehen. Man sollte sich in Paris ganz klar darüber sein, dass es in Deutschland keine irgendwie denkbare Regierung geben kann, die die französischen Forderungen unterschreibt, ohne damit zugleich ihr Todesurteil zu unterschreiben."

SPD. Essen, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend vormittag fanden zwischen dem Zechenverband und den Verbänden der kaufmännischen Angestellten Verhandlungen über den Neuabschluss des Rahmen- und Gehaltstarifes statt, die jedoch ebenso wie die Verhandlungen mit den technischen Angestellten ergebnislos verliefen. Die Angestelltenvertreter lehnten die Gehaltsabbauforderungen des Zechenverbandes ab, ebenso die Wünsche der Unternehmer hinsichtlich des Rahmentarifes. Die Verhandlungen werden am 18. Juli vor dem Schlichter ihre Fortsetzung finden.

SPD. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann am Sonnabend unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Herzfeld der Prozess gegen den braunschweigischen Naziminister Dr. Franzen wegen Begünstigung. Das Urteil wird am Montag gefällt. Am Tage der Reichstagsöffnung im Oktober 1930 verhaftete die Polizei auf dem Potsdamer Platz einen Mann wegen Bankkreisverletzung, der sich den Polizeibeamten gegenüber mit einem Abgeordneten ausweis des nationalsozialistischen Abgeordneten des preussischen Landtags Lohse auswies. Da den Beamten die Identität des Festgenommenen mit Lohse zweifelhaft war, brachten sie den Mann zur Polizeiwache am Potsdamer Platz. Der angebliche Lohse bat nun, den Braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen aus dem Lokal "Bayernhof" herbeizuholen, der ihn ohne weiteres legitimieren könne. Franzen kam auch und brachte den richtigen Lohse mit. Auf der Wache erklärte der Minister den Beamten wider besseres Wissen, dass der Verhaftete Lohse sei, worauf die Beamten im Begriff standen, den Festgenommenen wieder laufen zu lassen, als ein Polizeimajor die Ueberführung des verdächtigen Mannes zur Abteilung Ia des Polizeipräsidiums anordnete. Hier entpuppte sich der von Franzen legitimierte Lohse als ein nationalsozialistischer Landwirt aus Schleswig-Holstein. Guth ist bereits in zwei Instanzen verurteilt worden; Franzen, sein Begünstiger, hatte sich dem Arm der Gerechtigkeit bisher zu entziehen gewusst.

Die Verhandlungen beginnen mit der Vernehmung des angeklagten Naziministers Dr. Franzen. Er erzählt die Vorfälle des 13. Oktober, so wie er sie sieht, und muss, so vorsichtig er sich auch ausdrückt, die Vorwürfe, die die Anklage gegen ihn erhebt, mehr oder weniger zugestehen. So gibt er u. a. zu, dass er den Polizisten auf der Wache auf ihre Frage, ob er den Festgenommenen (Guth) kenne, mit "Ja" geantwortet hat. Auch bestreitet er nicht, dass er den Beamten, die nicht wussten, wie sie sich zu dem Mann mit dem falschen Ausweis stellen sollten, eine Komödie vorgespielt hat. Das einzige, was er nicht wahrhaben will, ist die von den Beamten unter Eid behauptete Tatsache, dass er eindeutig und präzise den Guth als Lohse legitimiert und so um ein Haar die Freilassung des Festgenommenen als "immunen Abgeordneten" erreicht habe. Aber bei dem Versuch, Dinge zu leugnen, die nicht mehr zu leugnen sind, entschlüpft dem angeklagten Minister manches Geständnis. So bekennt er, dass er sich "sehr darüber geärgert" habe, dass er von Guth in diese peinliche Lage gebracht worden sei. Dem habe er Ausdruck gegeben, indem er Guth "angepöffen" habe: "Mensch, was machen Sie hier für Sachen!". Die "Demaskierung" des falschen Lohse durch Franzen, die kurz vor der Fahrt zum Polizeipräsidium erfolgte, schildert Franzen so, dass er dem begleitenden Polizeibeamten gesagt

habe: "Der Mann ist selbstverständlich nicht Lohse, ich kenne ihn; er heisst Guth." Worauf der Beamte erwiderte: "Warum haben Sie denn das nicht gleich gesagt?" "Ja, sehen Sie, so vor den vielen Leuten, da geht das doch sehr schlecht." Franzen beklagt sich dann über den "eindeutigen Pressefeldzug", den die Linksblätter gegen ihn inszeniert hätten. Als er davon spricht, dass die Braunschweiger Sozialdemokratie einen ganzen Tag im Landtag "gewaltig geredet" hätte, um ihn aus dem Sattel zu heben, was aber, so stellt Franzen mit Befriedigung fest, nicht gelungen sei, bemerkt der Vorsitzende: "Ich muss Sie bitten, zur Sache zu sprechen. Diese politischen Feststellungen gehören nicht hierher." Franzen: "Lassen Sie mich doch bitte weiter reden. Der politische und sächliche Komplex meines Prozesses sind nicht voneinander zu trennen." Auch der Oberstaatsanwalt ersucht, den Prozess nicht ins Unsachlich-partei-politische abgleiten zu lassen. Nun wird Herr Sack, Franzens Verteidiger, sehr ausfallend, spricht von dem "Herrn Braun, der es ständig so mache" und stellt die sinnlose Behauptung auf, dass Polizeimajor Heinrich in sozialdemokratischen Versammlungen die Parole ausbe: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trifft!" Als der Vorsitzende Herrn Sack schliesslich energisch zurückweist, beginnt er ruhiger zu werden.

Der erste Tatzeuge, Oberwachtmeister Suwjack, der Guth auf dem Potsdamerplatz festgenommen hat, bestätigt vollinhaltlich den Inhalt der Anklage. Er hat Guth mehrfach aufgefordert, weiter zu gehen und ihn dann, als er ihm den falschen Ausweis vorzeigte, wegen Bannkreisverletzung, sowie als des Passdiebstahls verdächtig, zur Wache gebracht. Der Zeuge hat Franzen ferner mehrfach bestätigen hören, dass Guth Lohse sei, und bekundet schliesslich wörtlich: "Kriminalassistent Graf war nahe daran, den Guth zu entlassen. Er hatte ihm schon den Weg freigegeben und zu Minister Franzen gesagt: "Auf Ihre Verantwortung, Herr Staatsminister, entlasse ich diesen Herrn!" Da erschien Polizeimajor Heinrich und verhinderte im letzten Augenblick Guths Freilassung." Bei der Vernehmung des Polizeihauptmanns Lesar, der seinerzeit mit Polizeimajor Heinrich für die Sicherheit im unruhegefährdeten Gebiet sorgte, kommt es zu erregten Zwischenfällen, die durch Dr. Sack hervorgerufen werden. Als der Zeuge feststellt, dass die Demonstranten fortwährend "Deutschland erwache, Juda verrecke!" gerufen hätten, sagt Herr Sack ironisch: "Es ist aber auch von polizeilicher Seite gesagt worden, dass das Singen des Deutschlandliedes höchst gefährlich gewesen sei." Der Polizeihauptmann weist diese taktlose Bemerkung entrüstet zurück und auch der Vorsitzende ersucht, von derartigen Entgleisungen Abstand zu nehmen. Polizeiwachtmeister Wichank belastet Franzen mit weiteren Einzelheiten. So hat der Zeuge gehört, wie Franzen vom Wachhabenden Gehrman gefragt wurde: "Herr Minister, sind die beiden (Lohse und Guth) wirklich identisch?" Darauf hat Franzen laut und deutlich erklärt: "Jawohl, sie sind identisch" und dann noch hinzugefügt: "Sie dürfen den Herrn nicht festhalten, er ist doch Abgeordneter - - -"

Am Nachmittag werden auf Antrag des Oberstaatsanwalts und des Verteidigers Polizeivizepräsident Dr. Weiss und Ministerialdirektor Klausner vom Preussischen Innenministerium vernommen, um u.a. über gewisse Unklarheiten in der Formulierung der Tagebucheintragung im Falle Guth Auskunft zu geben. Als Herr Sack versucht, die Arbeit der juristischen Beamten der Berliner Kriminalpolizei anzuzweifeln und "feststellt", dass Herr Weiss und seine Beamten gewisse Reichsgerichtsentscheidungen nicht beachtet hätten, hält ihm der Polizeivizepräsident ein kleines juristisches Kolleg. Auch Herr Franzen versucht, im Verhalten der Berliner Polizei Widersprüche zu entdecken und politische Motive zu unterschieben, worauf ihm der Zeuge eine kräftige Abfuhr erteilt. Ministerialdirektor Klausner hat die beteiligten Beamten kurz nach dem Vorfall vernommen. Hierbei stellte er fest, dass diese infolge des Vorgehens des Ministers Franzen unter einem derartigen Druck gestanden hatten, dass sie das Erscheinen eines Polizeioffiziers geradezu als Erlösung empfanden. Franzen hatte den Beamten derart zugesetzt und sie mit der wiederholten Behauptung, dass Guth

Lohse sei, so in Verwirrung gebracht, dass sie weder ein noch aus wussten.

Sensationell ist die Bekundung des Guth, der plötzlich feststellt, dass er, entgegen seinen früheren Behauptungen, die Ausweiskarte Lohses nicht gefunden, sondern von Lohse selbst bekommen habe. Vorsitzender: "Herr Lohse hat aber doch behauptet, dass er erst durch die Presse von dem Verlust seiner Karte erfahren habe." Guth: "Aber was ich sage, ist die Wahrheit". Als Guth nicht wahrhaben will, dass Franzén ihn auf der Wache als Lohse legitimiert habe, hält ihm der Vorsitzende seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter vor, in der es heisst: "Ich glaubte, dass Minister Franzén die Sache sogleich aufklären würde. Er sagte jedoch zu meinem Erstaunen, dass ich Lohse sei." Guth weiss darauf nichts anderes zu erwidern, als: "Mir wars gleich, was ich sagte." "Ihnen war es gleich, dass Sie damit einen Parteifreund in gehobener Stellung erheblich belasteten?!" meint der Vorsitzende kopfschüttelnd.

Der preussische Landtagsabgeordnete Lohse gesteht fast weinend, dass er die Polizei grob beschwindelt hat. Lohse: "Ich will feststellen, dass ich meinen Ausweis an Guth gegeben habe." Vorsitzender: "Das haben Sie früher nicht gesagt". "Ich habe die falsche Aussage gemacht, weil ich befürchtete, dass meine politischen Gegner die Affäre ausschachten würden." "Fanden Sie nichts dabei, dass ein Fremder Ihren Ausweis benutzte?" "Ich fand nichts dabei." "Sie wussten doch, als Sie zur Wache gingen, dass Guth Ihre Karte hatte?" "Nein, daran hatte ich ganz vergessen." "Hielten Sie sich denn nicht für verpflichtet, auf der Wache die Angelegenheit aufzuklären?" "Nein, das wäre vom politischen Standpunkt aus falsch gewesen." - Schliesslich kommt noch zur Sprache, dass Lohse einige Tage nach dem Vorfall erklärt hat: "Ich lasse niemanden in die Hände der Polizei fallen." Leise erschauernd verzichtet Rechtsanwalt Sack auf jede Frage und auch der Oberstaatsanwalt winkt lächelnd ab.

Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

SPD. Zürich, 11. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Neue Züricher Zeitung schreibt zu der Frage "Vertrauenskrise und Kredithilfe" inbezug auf Deutschland:

"Zum Glück hat Deutschland eine sehr gewichtige Karte zu seinen Gunsten. Es ist das allgemeine Interesse der Welt an seiner Konsolidierung und Wiedergesundung. Dieses Interesse ist so stark, dass politische und finanzielle Bedenken überwunden werden, vorausgesetzt allerdings, dass Deutschland selbst das Seine dazu beiträgt, das Vertrauen wieder herzustellen. Reichsbankpräsident Luther ist zunächst nach London gefahren und von dort nach Paris. Der wirksame Weg zur Lösung der jetzigen Krise aber führt zweifellos in erster Linie über Frankreich und zwar sowohl politisch wie finanziell."

SID. Köln, 11. Juli (Eig. Drhtb)

Reichsbankpräsident Dr. Luther, der am Sonnabend-Mittag von Paris mit dem Flugzeug hier eintraf und sofort nach Berlin weiterflog, übergab der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

"Ich habe während des Fluges von Paris nach Köln in einem Teil der Presse phantastische Zahlen gelesen, die ich auf Kredit- oder Anleihewünsche in London und Paris geäussert haben soll. Die massgebenden ausländischen Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe, werden darüber nicht weniger erstaunt gewesen sein als ich, da sie genau wissen, dass ich mich mit meinen Darlegungen in einfachen, alle Uebertreibungen vermeidenden Gedankengängen gehalten habe, und dass ich gar nicht daran denke, einer Kreditinflation das Wort zu reden.

Worauf es für Deutschland jetzt ankommt, ist lediglich die Wiederherstel-

lung einer festen und richtigen Grundlage. Die phantastischen und irreführenden Zahlen scheinen dadurch entstanden zu sein, dass verschiedenartige Lösungsvorschläge, die als redaktionelle oder private Anschauungen in einzelnen Zeitungen erschienen sind und an deren Addition niemand in Deutschland gedacht hat, in einem Teil der ausländischen Presse zusammenaddiert sind."

+ + +

In der ausländischen Presse war behauptet worden, dass Deutschland ausser der Verlängerung des Rediskontkredits von 400 Millionen Mark einen neuen Rediskontkredit in Höhe von rund 1,5 Milliarden Mark fordere und darüber hinaus einen langfristigen Kredit in gleicher Höhe wünsche. Tatsächlich drehen sich die Verhandlungen um einen Betrag von 1,5 Milliarden Mark.

SPD. Ein Berliner Blatt, die rechtsradikale "Deutsche Zeitung", besitzt am Sonnabend die Unverfrorenheit, in einem aus London datierten aber zweifellos in Berlin fabrizierten Bericht die Behauptung aufzustellen, dass die Forderung der englischen und französischen Presse, den Bau des Panzerkreuzers B einzustellen, auf Londoner Verhandlungen des Führers der Sozialdemokratie Otto Wels zurückzuführen sei. Eine unverschämtere Behauptung haben wir selbst von der "nationalen Opposition", diesen Verderbern Deutschlands, lange nicht erlebt.

Als der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, kürzlich in London weilte, hat er bei dem englischen Aussenminister und anderen massgebenden Mitgliedern der Labour-Party um Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Lage Deutschlands geworben und, wie wir glauben, solches Verständnis auch gefunden. Er hat seine guten persönlichen Beziehungen zu dem englischen Aussenminister und zur Arbeiterregierung in den Dienst Deutschlands gestellt. Er hat in London darauf hingewiesen, dass Deutschland dringend der Hilfe bedarf, wenn das Chaos nicht seinen Lauf nehmen soll. Jetzt wird ihm das Gegenteil von dem unterstellt, was er in London versucht hat. Er hat nicht nur nicht zu verstehen gegeben, dass es der SPD nicht unlieb wäre, wenn England bei den in Aussicht stehenden Finanzverhandlungen mit Deutschland als politische Klausel die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers B fordern würde, sondern in dem Augenblick als Henderson diese Frage anschnitt auf die ganzen innerpolitischen Schwierigkeiten dieser Forderung hingewiesen. Dem Führer der deutschen Sozialdemokratie dennoch das Gegenteil zu unterstellen, ist eine Lumperei, deren nur "nationale" Männer vom Schlage des rechtsradikalen Berliner Blattes fähig sind.

Pfui Teufel!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiedernören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Kriminal-Inspektion G.

Die Arbeit der weiblichen Polizei.

SPD. Zwei Beamtinnen der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei haben sich, mit Stricken zusammengebunden, in der Nordsee ertränkt. Das Motiv dieses aufsehenerregenden Doppelselbstmordes ist in dienstlichen Konflikten zu suchen.

Man weiss in der Oeffentlichkeit nicht viel über das Arbeitsgebiet der "weiblichen Kriminalpolizei"; und es ist noch gar nicht so lange her, da konnten sich sogar die Autoritäten des Polizeiwesens nicht recht vorstellen, welche Aufgaben von einer besonderen Frauengruppe inmitten des männlichen Polizistenheeres zu lösen sein sollten. "Wozu brauchen Sie eigentlich fünf Beamtinnen? Sie haben doch gar nichts zu tun!" sagte man vor vier Jahren im Berliner Polizeipräsidium zu der Polizeirätin Friederike Wieking, die gerade im Begriff stand, nach unendlichen Kämpfen und Widerständen ihre weibliche Kriminalpolizei ins Leben zu rufen.

"Kriminalinspektion G" lautet die interne Bezeichnung dieser Dienststelle am Berliner "Alex". Fräulein Wieking ist ihre Leiterin. In ihrem blumengeschmückten Amtszimmer sucht man vergeblich Tschako und Uniformrock griffbereit am Wandnagel zu entdecken. Nichts sieht hier nach Polizei und Behörde aus.

Aus den fünf Beamtinnen, die man ihr seinerzeit mit Mühe und Not zugebilligt hat, ist inzwischen ein Stab von dreissig Frauen geworden; und es gibt oft mehr zu tun, als bei intensivster Arbeit geleistet werden kann. Ein ganz neues Tätigkeitsfeld ist von den weiblichen Kriminalbeamtinnen erschlossen worden - und es konnte nur von Frauen erschlossen werden, denn selbst für den gewiegtsten und feinfühligsten männlichen Kriminalisten gibt es Gebiete der Menschenseele, die ihm ewig verschlossen bleiben. Junge Frauen und Kinder, wenn sie sich in den Maschen des Gesetzes verfangen haben oder auf ihrem Lebensweg zu straucheln drohen, werden in den Händen der "Kriminalen" meist zu hilflosen Bündeln überreizter Nerven, zu verängstigten Elendshäuflein. Gewiss, viel hat sich in der Einstellung der modernen Polizei zum "Verbrecher" geändert; aber im Grunde bleibt es doch mehr oder minder ein Fragenkomplex für theoretische Kriminalwissenschaftler, zu erforschen, wie stark Milieu, Verhältnisse, Vererbung, Anlagen zum Zustandekommen eines Verbrechens beigetragen haben. Der Hauptberuf des männlichen Kriminalbeamten besteht nach wie vor lediglich darin, den Täter zu fassen, zum Geständnis zu bringen und ihn der gerechten Strafe zuzuführen. "Unsere Arbeit besteht indes in erster Linie in tätiger Hilfe", sagt Fräulein Wieking, "und unsere einzige Waffe ist die Verhandlung von Mensch zu Mensch; der Gummiknüppel muss dem psychologischen und soziologischen Verständnis weichen. Unser wichtigstes Arbeitsgebiet ist der Aussendienst. Tag und Nacht sind unsere Beamtinnen unterwegs auf Beobachtungstreifen durch ganz Berlin. Sie fassen Mädchen und Jugendliche ins Auge, die in schlechte Umgebung geraten oder ihrer Veranlagung nach leicht auf die schiefe Bahn kommen könnten. Wir geben diesen jungen Menschen Verwarnungen, klären sie über Dinge auf, die ihnen unbekannt sein müssen; Ausreisser werden zu ihren Eltern zurückgebracht, nach Vermissten wird gefahndet. Unsere Beamtinnen steigen in die Dachkammern und durchforschen die Hinterhöfe der Mietskasernen, um die Lebensbedingungen der Jugendlichen kennen zu lernen; sie suchen Kinder vor Misshandlungen zu

schützen und nehmen besonders gefährdete Jugendliche in Schutzhaft.

Man hat uns oft gefragt, warum wir keine Uniform tragen, sondern als Kriminalbeamte in Zivil auftreten. Sachsen besitzt ja eine weibliche Schutzpolizei, die regelrecht mit Tschako, Uniformjacke und Pistole ausgerüstet ist. Auch Baden hat solche Schutzpolizistinnen, die allerdings unauffälliger uniformiert sind. Wir sind jedoch zu der Ansicht gelangt, dass wir unsere Aufgaben in Zivil besser erfüllen können. Wir wollen ja keinen Eindruck schinden oder gar Schrecken auslösen, und mit der Warnung, die im blossen Auftauchen eines Tschakos besteht, ist uns nicht gedient. Dazu kommt das unangenehme Aufsehen, das stets beim "Abführen" etwa eines jungen Mädchens durch einen uniformierten Polizisten entsteht.

Unsere Stärke soll allein im persönlichen, gewissermassen privaten Einvernehmen mit unseren Schützlingen liegen. Gerade bei der Arbeit mit Kindern ist nichts verkehrter, als imponieren zu wollen. Haben wir Kinder als Zeugen zu vernehmen - ein Auftrag, der uns immer häufiger erteilt wird - so vermeiden wir geflissentlich alles, was irgendwie nach Polizei aussieht. Dann erst überwindet das Kind seine Scheu und redet frei von der Leber weg. Wir sind stolz darauf, dass bei uns auf diese Weise eine grosse Zahl undurchsichtiger Fälle aufgeklärt wird, was in anderen, offizielleren Amtsstuben des Präsidiums kaum möglich wäre.

Unser Innendienst befasst sich mit sämtlichen Vorkommnissen, bei denen Kinder, Jugendliche und Frauen irgend eine Rolle spielen. Ein Fall, der kürzlich bei uns aufgeklärt werden konnte und sich in ähnlicher Form oft wiederholt: ein Lehrmädchen behauptete, in einem Hausgang von einem Unbekannten überfallen und des Geschäftsgeldes beraubt worden zu sein. Wir nahmen sie ins Verhör, und endlich gestand sie, den Ueberfall fingiert zu haben. Oder ein Mädchen beschuldigt seinen Klavierlehrer eines Sittlichkeitsdeliktes. Der Mann verliert seine Schülerinnen, wird geächtet, ist ruiniert. Nach dreistündigem Verhör gibt das Kind zu, alles glatt erfunden zu haben. Es handelte sich um typische Fantasien des beginnenden Pubertätsalters.

Eine amüsante Abwechslung in unseren Dienst bringen die vielen Bewerbungsschreiben von jungen romantisch veranlagten Mädchen, die "Detektivin" werden wollen. Da schreibt die Tochter eines braven Arbeiters: "Ich fühle den unwiderstehlichen Drang in mir, in den Geheimdienst einzutreten, um zu ergründen und zu erleben..." Eine andere empfiehlt sich folgendermassen: "Ich bin sportlich ertüchtigt und besitze den Führerschein 3 b..." Wir beantworten jedes derartige Schreiben, obwohl recht selten geeignete Kräfte dabei sind. Wir stellen nur staatlich geprüfte Wohlfahrtspflegerinnen ein, die in neunmonatiger Lehrzeit ausgebildet werden.

Auch andere Städte in Deutschland haben in den letzten Jahren die weibliche Kriminalpolizei organisiert; unter anderen Hamburg-Altona, Köln, Frankfurt/Main, Essen, Kiel, Breslau, Königsberg, Stettin, Recklinghausen."

Ela.

+ + +
Der Berliner Mädchenmord. Das im Berliner Grunewald erwürgt aufgefundene junge Mädchen ist die 17 jährige Kontoristin Gerda Kalisch. Ihr Mörder ist offenbar ihr Stiefvater, der erwerbslose Kohlenträger Otto Papke. Schon seit längerer Zeit hatte Papke seiner Stieftochter nachgestellt. Es ist möglich, dass es sich mehr um ein Eifersuchts-, als um ein Sittenverbrechen handelt. Der Mörder ist flüchtig.

+ + +
Frau Kürtens Polizeilohn. Das Regierungspräsidium Düsseldorf hat nunmehr die Geldprämien an diejenigen Personen ausbezahlt, die zur Ermittlung und Ueberführung Peter Kürtens beigetragen haben. Die insgesamt ausgesetzten 15 000 Mark wurden in verschiedenwertigen Beträgen an 15 Personen verteilt. Frau Kürtens bekam 4 000 Mark.

+ + +

Wie in Amerika. Nach amerikanischem Muster wurde vom Polizeipräsidium Königsberg auf dem Vorplatz des Königsberger Nordbahnhofs ein zertrümmertes Kleinauto aufgestellt. Eine Mahntafel erläutert den Sinn dieses "Verkehrsdenkmal": "Fahre vorsichtig! Mit diesem Auto sind vor einiger Zeit drei Personen schwer verunglückt, wobei zwei junge Mädchen den Tod fanden."

Mordfall Reins. Ueber die Auslieferung des in Genua verhafteten Berliner Geldbriefträgermörder Reins und seiner beiden Schwestern sind noch immer Verhandlungen im Gange. Frau Reins, die unter dem Verdacht der Beihilfe steht, wurde nach einem Beschluss der Grossen Strafkammer des Berliner Landgerichts II aus der Untersuchungshaft entlassen, da weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vorliegen.

Die Giftwurst von Erica. Die Zahl der in dem holländischen Arbeiterdorf Erica an Vergiftungserscheinungen erkrankten Personen ist auf etwa 300 gestiegen. Möglicherweise beruht die Theorie der Vergiftung durch Leberwurst auf einem Irrtum. Eine gesundheitspolizeiliche Untersuchung ergab, dass in dem Orte fast allgemein Wasser aus der nahe gelegenen Hoogeveenschen Vaart, einem stark verunreinigten Kanal, gebraucht wird. Die bakteriologische Untersuchung wird z.Zt. auch in dieser Richtung geführt.

Scheuen-Prozess. Im Lüneburger Scheuen-Prozess geht die Zeugenvernehmung weiter. Der Angeklagte Straube wird immer mehr belastet; es scheint festzustehen, dass er nicht nur Misshandlungen zugelassen hat, sondern sich auch aktiv an ihnen beteiligte.

Grosser Gemäldediebstahl. Aus der Villa eines Generaldirektors in Sindlingen bei Frankfurt/Main entwendeten Diebe ein kostbares Gemälde von Van Dyck im Wert von 200 000 Mark und einen Antonis Palamedesz im Wert von 40 000 Mark. Beide Gemälde sind auf Holz gemalt. Die Rahmen liessen die Täter, von denen jede Spur fehlt, zurück.

Wiener Stadion eröffnet. Am Sonnabend nachmittag wurde das Wiener Stadion unter grossem Andrang feierlich eröffnet. Die Zentralsportverbände aller Richtungen waren eingeladen. Die Begrüssung der Festgäste erfolgte durch Professor Tandler und Bürgermeister Seitz, die Eröffnung durch den Bundespräsidenten Miklas.

Das Wiener Stadion liegt nahe dem Stadtzentrum. Die einem antiken Amphitheater gleichende Arena der Hauptkampfbahn von 241 Meter Länge bietet 60 000 Zuschauern Blick auf das Spielfeld. Etwa 45 Millionen Kilogramm Material sind beim Bau des Stadions, zu dem auch ein Schwimmbad und ein Radsportplatz gehören, verwandt worden.

"Geschäftliches"? In Chikago erregt das Verschwinden des Industriellen Samuel Lewin, des Besitzers vieler Gasolinstationen, grosses Aufsehen. Es wird vermutet, dass Lewin von der Konkurrenz gewaltsam entführt wurde.

Maffia-Prozess. In Scisza (Süditalien) wurde nach langen Verhandlungen der Prozess gegen die Maffia beendet. 12 Räuber wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und 22 zu Gefängnisstrafen von 1 bis 30 Jahren verurteilt; 50 weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Rekord in Autounfällen. In Kanada sind im Jahre 1930 1289 Personen durch Autounfälle ums Leben gekommen. Allein in der Stadt Montreal forderte der Autoverkehr 136 Tote.

Wirtschaft Technik Handel

Hapag-Lloyd Union.

(Expansionstaumel in der Grossschiffahrt.)

SPD. Unter dem berühmten Bürgschaftsbrief, in dem sich 1000 Unternehmungen zur Uebernahme einer Ausfallbürgschaft gegenüber der Golddiskontbank bereit erklären, stehen auch die Namen der Hapag und des Norddeutschen Lloyd, der beiden Grossreedereien in Deutschland, die sich nach jahrelangen Auseinandersetzungen in einer Union zusammengetan haben. Auch sie sind bereit, das "grosse Obligo" auf sich zu nehmen. Alles für das Reich. Selbstverständlich ist dabei, dass man aus der schönen Weste möglichst viel Kapital für sich selber herausschlägt. Deshalb ist es schon angebracht, daran zu erinnern, dass Hapag und Lloyd in letzter Zeit vom Staat recht ansehnliche Geschenke bekommen haben. Der gesamten Schiffahrt ist nämlich vor einigen Wochen in aller Stille die auf sie entfallende Aufbringungslast von etwa 2,5 Millionen Mark erlassen worden. Das macht für Hapag-Lloyd schätzungsweise $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark aus.

Das regt wohl die Frage an, warum man in der Grossschiffahrt schon wieder einmal so weit ist, dass ihr der Staat unter die Arme greifen muss?

Im letztvergangenen Sommer erst hat die Hapag-Lloyd Union 75 Millionen Mark aufgrund der amerikanischen Freigabeentscheidung hereinbekommen. Was ist mit dieser Riesensumme geschehen? Um es ganz klar auszudrücken: sie diente dazu, die Verluste wieder auszugleichen, die im letzten Geschäftsjahr zu einem Verlustabschluss hätten führen müssen. Von den eingegangenen 75 Millionen kamen 45 an Hapag und 30 an den Norddeutschen Lloyd. Der Lloyd brauchte nach der letzten Bilanz 23,6 Millionen für Abschreibungen, 10 Millionen für Dividendenauszahlungen und 10 Millionen als Zuschuss für die Versicherungsrücklage, insgesamt also 43,6 Millionen Mark. Für diese Zwecke sind nun aber die 30 Millionen aus der Freigabe verwandt worden. Daraus ergibt sich, dass der ordentliche Rohertrag beim Lloyd nicht mehr als etwa 14,6 Millionen betragen hat. Es sind also nur 55 % der Abschreibungen verdient worden. Bei der Hapag erfordern die Abschreibungen 20,56 Millionen, die Dividende ebenfalls 10 Millionen, für die Reserve wurden 24,60 Millionen verwandt. Hier wurden also 55 Millionen zur Aufrechterhaltung des ordnungsmässigen Geschäftsergebnisses eingestellt, während unter Abrechnung der Freigabe von 45 Millionen nur 10 Millionen verdient wurden. Das heisst also, dass bei der Hapag der Rohgewinn rund 50 % der Abschreibungen deckt.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Bild durch den Poolungsvertrag zwischen beiden Unternehmungen etwas verschoben ist. Wäre Lloyd für sich allein gewesen, so hätte er in diesem Jahr wahrscheinlich für sich einen grosseren Rohertrag buchen können, so dass er wenigstens die Abschreibungen voll verdient hätte. Darüber hinaus wäre aber auch beim Lloyd kein Verdienst erzielt worden. Das Resultat wird dadurch noch ungünstiger, dass bei beiden Schiffahrtsgesellschaften die Abschreibungsquoten sich verringert haben; bei Hapag, die ja überhaupt den ungünstigeren Status im Augenblick hat, sank die Quote seit 1928 von 8,4 auf 6,4 %; beim Norddeutschen Lloyd von 7,9 auf 7,1 %. Dabei ist zu bedenken, dass die Riesenluxusdampfer, die der Lloyd in der letzten Zeit herausbrachte, besonders hohe Abschreibungssätze erfordern.

Der Status der beiden Schiffahrtsgesellschaften ist also recht erheblich angespannt und wenn in der den Grossreedereien nahestehenden Presse noch vor

einiger Zeit hochmütig darauf hingewiesen wurde, dass die englische Seeschiffahrt nicht einmal ihre Abschreibungen verdienen kann, so ist es auch bei uns nicht viel mehr anders, wenn man vom Freigabesegegen absieht.

Zum Teil ist an dieser ungünstigen Entwicklung die allgemeine Lage der Seeschiffahrt schuld; es ist ja bekannt, dass seit Jahren schon überaus scharfe Kämpfe auf internationaler Basis um den Frachtraum geführt werden. Die grossen Schiffahrtsgesellschaften, die nicht ruhen konnten, bis sie auch auf den entferntesten Meeren eingedrungen waren, müssen nun sehen, dass unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise (Rückgang der Handelsumsätze) der Gewinn, den sie sich durch die uferlose Expansion erhofft haben, in nichts zusammenschmilzt. Gerade bei den Frachten herrscht ein so rücksichtsloser Konkurrenzkampf, eine solche Anarchie in der Preisgestaltung, wie sie auch nicht anders sein würde, wenn statt der Riesengesellschaften sich die vielen kleinen Reedereien in den Haaren lägen, die man unter der Flagge der Rationalisierung überall verdrängt hat.

An diesem allgemeinen Expansionstaumel haben die deutschen Grossgesellschaften hervorragenden Anteil. Noch Ende 1930, als bekannt sein musste, dass ohne die Freigaben ein Verlustabschluss zu erwarten war, hat man den Mexikodienst einer deutschen Mittelreederei übernommen, ist man vorher in den Levantedienst eingedrungen und ist auch über die Verbindung mit dem Königl. Holländischen Lloyd in den brasilianischen Verkehr gekommen. Gerade das erwies sich übrigens für die Verhandlungen mit Hamburg Süd als ziemlicher Missgriff, da die Hamburg Süd über diesen Eingriff in ihre Einflussphäre sehr verstimmt war. Auch im Passagierdienst ist die Union nicht gerade mässig und mässig gewesen. Die Bremen, die Europa, der Umbau des Columbus zeugen davon. Der Neu- bzw. Umbau der drei Luxusschiffe hat die Kleinigkeit von 120 Millionen gekostet. Dazu erforderten sie erhebliche Mehreinstellungen für die Selbstversicherung, die ja auch in der diesjährigen Bilanz zum Ausdruck gekommen sind, da die Versicherungsgesellschaften sich nicht sehr bereitwillig für die Aufnahme dieser Riesenobjekte zeigten. - Es soll nun nicht verkannt werden, dass bis jetzt das Ergebnis der Bremen ein gutes war. Sie übt auf das internationale Luxuspublikum eine gewisse Anziehungskraft aus. Aber wie lange? Direktor Stimmig vom Lloyd warnt selber vor Illusionen in dieser Hinsicht; er prophezeit, dass in kurzer Frist die Amerikaner und Engländer mit noch eleganteren, noch schnelleren Schiffen herauskommen werden. Wenn dem so ist, mussten da gerade die deutschen Gesellschaften mit ihrer begrenzteren Kapitalmacht den Wettkampf herausfordern, um für kurze Zeit einen Vorsprung zu gewinnen? Dass nicht bloss rein rational wirtschaftliche Gründe hinter diesen Expansionen stecken, ersieht man aus den Äusserungen Direktors Bömers vom Lloyd, die er anlässlich des letzten Wahlkampfes öffentlich gemacht hat. Mit deutlicher Freude an imperialistischen Redewendungen sprach er von dem kommenden 5 Jahresplan für Schiffbau; es sollten nicht weniger als 500 000 Tonnen in Auftrag gegeben werden. Der Lloyd-Direktion war dieses Geschwafel offenbar etwas peinlich. Sie hat in aller Form berichtet und abgeleugnet, dass derartige Pläne offiziell bestehen. Wesentlich aber und gefährlich ist, dass Personen, wie dieser Direktor Bömers, überhaupt an leitender und verantwortlicher Stelle stehen. Vielleicht erklärt sich daraus vieles, wenn nicht alles!

SPD. In letzter Zeit ist immer wieder die Frage erörtert worden, ob im Konkursfalle rückständige Stromrechnungen in die Konkursmasse fallen oder als Masseschulden voll zu bezahlen sind. Die Frage ist gerade für die Kommunalpolitik von grösster Bedeutung und eine unlängst ergangene Reichsgerichtsentscheidung schien sie zu Ungunsten der Elektrizitätswerke entschieden zu haben.

Nun liegen zwei neue Entscheidungen deutscher Oberlandesgerichte, des Kammergerichts vom 8. Mai 1931 und des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 21. Mai 1931 vor. Danach muss der Konkursverwalter sich gegenüber dem Elek-

trizitäts (das gleiche gilt gegenüber Gas- und Wasserwerk) genau so wie bei allen anderen Sukzessivlieferungsverträgen nach § 17 der Konkursordnung erklären, ob er Weitererfüllung verlangt oder nicht und bei Fortsetzung des Elektrizitätsgebrauchs die Stromgelderrückstände auch aus der Zeit vor der Konkursöffnung gemäss § 59 der Konkursordnung als Masseschulden voll bezahlen. Das Kammergericht sieht dabei in der Tatsache, dass der Konkursverwalter, ehe er überhaupt eine förmliche Erklärung abgab, 10 Tage lang elektrische Energie entnommen hat, eine stillschweigende Fortsetzung des Vertrages, durch die die Rückstände ohne weiteres zu Masseschulden werden. Diese beiden Entscheidungen haben besonders aktuelle Bedeutung, weil sie einer irrigen Auslegung des Urteils des Reichsgerichts (VII.Senat) vom 24.3.1931 entgegentreten. Man hat nämlich vielfach aus diesem herausgelesen, dass die Elektrizitätswerke im Konkurse eines Abnehmers die Stromlieferung fortsetzen müssten, ohne die Rechte aus den §§ 17, 59 der Konkursordnung zu haben. Man hat dabei übersehen, dass dem Reichsgericht ein ganz besonderer Fall vorlag; das Elektrizitätswerk hatte die volle Bezahlung nicht nur der rückständigen Stromgelder von etwa 2000 Mark, sondern auch einer grösseren Installationsschuld von rund 36 000 Mark zur Bedingung gemacht, worauf es auch bei Fortsetzung des Elektrizitätsversorgungsvertrages durch den Konkursverwalter niemals Anspruch gehabt haben würde. Dieses Verlangen hat das Reichsgericht ebenso wie das vor ihm entscheidende Kammergericht für einen Verstoss gegen die guten Sitten erklärt; verurteilt wird ausdrücklich nur die "konkursordnungswidrige" Erzwingung einer Vollzahlung. Die volle Bezahlung der Stromgelderrückstände dagegen ist eine von der Konkursordnung selbst festgelegte Konsequenz der Fortsetzung des Energiebezuges. Jeder Konkursverwalter muss also nach § 17 der Konkursordnung wählen, ob er weiter Elektrizität haben will oder nicht. Bejaht er, so sind die Rückstände voll zu bezahlen. Lehnt er ab, so ist das Elektrizitätswerk berechtigt, die Verbindung der Anlage mit seinem Netz zu lösen, wie derselbe VII.Senat des Reichsgerichts durch Urteil vom 8.10.1929 (Jur.Wochenschrift 1930, 1402) ausdrücklich anerkannt hat.

SPD. In Ostende ist das europäische Zinkkartell gegründet worden. Auf einer Tagung auf der Deutschland, Belgien, Polen, Frankreich, England, Spanien und Italien vertreten waren, kam man zu dem Ergebnis, im Rahmen eines Kartells, das zunächst bis Ende 1932 läuft, die Zinkproduktion zu regeln. Das bedeutet zunächst eine Einschränkung der europäischen Erzeugung an Roh- und Feinzink um 40 Prozent im Vergleich zur Normalproduktion, die von den am Kartell beteiligten Industrien bereits im vorigen Jahr vereinbart worden ist. Auch soll die Freigabe von Vorräten zum Verkauf nur soweit erfolgen, wie die Nachfrage das rechtfertigt. Im übrigen beschäftigt man sich mit dem Plan, das Durchhalten der Bestände zu finanzieren.

SPD. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schaeffer beschäftigte sich im Rahmen einer von Professor Harms-Kiel herausgegebenen Vortrags- und Schriftenreihe mit der Natur der kapitalistischen Krise. Schaeffer sieht die Problematik der kapitalistischen Gegenwart darin, dass das Unternehmertum bedacht ist, hohe Profitquoten zu halten, während es sich vor der Uebernahme des kapitalistischen Risikos scheut. Dadurch würde vor allem der Ablauf der Wirtschaftskrise erschwert.

"Auf Unternehmerseite", so stellt Schaeffer fest, "ist vieles geschehen, was geeignet war den unmittelbaren Einfluss des Staates auf den natürlichen Ablauf der Wirtschaft zu steigern und zwar meist dann, wenn man von diesem gesteigerten Einfluss einen Vorteil erhoffte. Die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung wird auch von ganzen Zweigen des Unternehmertums missbraucht, sie

entlasten ihre Selbstkosten dadurch, dass sie in geschickter Ausnutzung der gesetzlichen Vorschriften ihr Personal nur einen Teil des Jahres behalten und es die übrige Zeit auf Kosten der Arbeitslosenfürsorge durchfüttern lassen. Beispiele finden sich in einzelnen Teilen des Warenhauswesens, der Fremdenbeherbergung, der Landwirtschaft und einiger anderer Gewerbe. Neben diesen mittelbar erlangten Vorteilen gehen die Forderungen zahlreicher Unternehmungen auf direkte Subventionen durch Reich, Staat und Gemeinden, meist unter Androhung von Stilllegung und Arbeiterentlassungen im Fall der Nichtbewilligung dieser Subventionen einher. In der gegenwärtigen Depressionszeit vergeht kaum eine Woche und in mancher Woche kaum ein Tag, in dem nicht von einzelnen Unternehmungen, einzelnen Gruppen oder einzelnen Territorien ein Wunsch nach staatlicher Stützung laut wird, der dann durch Landesregierungen und parlamentarische Parteien den nötigen Nachdruck erhält. Ein anderes, nicht weniger ernstes Entartungssymptom auf der Seite der Unternehmerschaft ist der Zug zur Verbeamtung und zur Ausschaltung des mit dem Wesen des Unternehmers unmittelbar verknüpften Eigenrisikos. Die Versuche, die Höhe der eigenen Einkünfte von einem Misserfolg des Unternehmens zu trennen, sind mannigfach. Die Vereinbarung eines hohen festen Gehalts, das ohne Rücksicht auf die Erfolge des Unternehmens zu zahlen ist, einer garantierten Tantieme, die schliesslich genau das gleiche ist wie ein festes Gehalt, eine Aufwandsentschädigung, die über den für die Zwecke des Unternehmens notwendigen Aufwand erheblich hinausgeht, aber auch die Feststellung einer Pension und einer Hinterbliebenenversorgung für die leitenden Angestellten sind Formen, das eigene Schicksal von denen das Unternehmen unabhängig zu machen.

Schaeffer kommt zu dem Schluss, dass der Versuch der Risikoausschaltung mit den Mitteln der Kartelle und der Schutzzölle usw. das Selbstkostenniveau übersteigen und die allgemeine Wirtschaftskrise verlängern. Das ist eine Feststellung, die wir schon immer getroffen haben. Das Unternehmertum setzt sich über diese Wahrheiten hinweg. Es will die Wirtschaftskrise mit Lohnabbau und Zertrümmerung der Lohntarife überwinden. Nur an den Lohnabbau bei sich denkt es nicht. Hier will es - Widerspruch in sich selbst - ja das Risiko der kapitalistischen Wirtschaft ausschalten.

SPD. Unter Druck der Rückreise Luthers und in Erwartung des Zusammenstossens der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am Montag vermehrten sich am Sonnabend die Devisenverluste der Reichsbank. Sie werden mit rund 100 Millionen Mark angegeben. Gegenüber diesen pessimistischen Faktoren hatte die vorliegende Meldung aus Nordamerika, dass die dortigen Grossbanken zu einem Kredit an Deutschland bereit sind und daran mitwirken wollen, die Kreditkündigungen in Deutschland abzustoppen, nicht die Wirkung, die sie eigentlich haben musste. Man darf sich auch darüber nicht im Zweifel sein, dass an den gegenwärtigen Abzügen in stärkstem Masse das Inland beteiligt ist. Die Kapitalflucht deutscher Kreise hat sich verschärft und man muss der sogenannten seriösen Wirtschaft den Vorwurf machen, dass auch sie sich daran beteiligt. Schon mit Rücksicht auf das Ausland muss die Regierung hier nach Mitteln suchen, um eine weitere Kapitalflucht einzudämmen. Der Versuch muss unverzüglich gemacht werden, trotz der Schwierigkeiten, die einer Bekämpfung der Kapitalflucht immer entgegenstehen.

Die Effektenbörse ist weiter in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Kursabschläge sind allgemein und bei einzelnen Papieren ganz bedeutend. Insbesondere haben wieder einmal die Baissiers gewütet und zwar richteten sich ihre Angriffe diesmal auf Bankaktien, die aber durch Intervention im Kurs gehalten werden konnten. Von den Angriffen der Baissepartei wurde besonders die Danatbank, die als Bank, die vorzugsweise an die Industrie grosse Kredite ge-

geben hat, die Last der Grosspleiten der letzten Wochen auszuhalten hat, betroffen. Dasselbe gilt für Schiffahrtsaktien. Hier sollen grössere Zwangsverkäufe erfolgt sein.

Juliweizen höher.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Juli.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse konnte am Sonnabend Weizen zur Lieferung im laufenden Monat seinen Kurs um 6 Mark befestigen. Auch alter Weizen zur prompten Lieferung wurde höher bewertet, da sich bessere Nachfrage zeigte. Dagegen waren die Herbstsichten um etwa 2 Mark rückläufig. Die Wetterberichte lauten wieder günstig und man rechnet mit einer guten Ernte. Geschäft in altem Roggen konnte sich nur in sehr geringem Umfange entwickeln. Ware aus neuer Ernte war reichlicher angeboten, jedoch verlangten die Landwirte die letzt notierten Preise. Da die Käufer billiger anzukommen bestrebt waren, blieb auch hier die Umsatztätigkeit gering. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich für Roggen im Durchschnitt Abschwächungen um etwa 2 Mark. Mehl in beiden Sorten hatte weiter ruhigen Markt. Hier und da machte sich etwas vermehrtes Interesse für Herbstlieferung bemerkbar. Hafer hatte ruhige Tendenz.

	10. Juli	11. Juli
Weizen	250 - 251	250 - 251
Roggen	187 - 192	185 - 190
Futter- und Industrieroggen	154 - 162	152 - 160
Hafer	160 - 166	160 - 166
Weizenmehl	30,75-36,25	30,75-36,50
Roggenmehl	26,75-29,50	26,75-29,50
Weizenkleie	12,50-12,75	12,50-12,75
Roggenkleie	11,25-11,50	11,25-11,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 266 (Vortag 260), September 226½-227 Geld (228½), Oktober 227½-228 (229). Roggen Juli 184½-185 (186), September 177-178 Geld (179½), Oktober 178-179 (180). Hafer Juli 174½ (174½), September 146½-147½ (148½), Oktober 147½ und Geld (150).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 11. Juli. Amtliche Notierungen ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 125, II. 115 abfallende Sorten 105 Mark. Tendenz: stetig.

SPD. Die Junkers Flugzeugwerke werden in China aufgrund von Abmachungen mit der chinesischen Nankingregierung eine Flugzeugwerft einrichten, die jährlich 60 Flugzeuge herstellen soll und mit einem Kapital von rund 12 Millionen Mark ausgerüstet wird. An der Kapitalaufbringung beteiligen sich die Nankingregierung mit zwei Dritteln und Junkers mit einem Drittel.



Jahrbuch der Lederarbeiter.

SPD. Die Jahrbücher der freien Gewerkschaften werden später einmal wichtige Zeitdokumente sein. Schon jetzt aber sind sie Ruhmesblätter. Sie geben Zeugnis für den Opferwillen, die Treue und die Zuversicht der freigewerkschaftlichen Arbeiter in einer der schrecklichsten Krisen, die jemals Wirtschaft und Völker heimgesucht haben.

Auch der Deutsche Lederarbeiterverband hat jetzt sein Jahrbuch 1930 veröffentlicht. Auch dieses Jahrbuch ist ein Rückblick auf einen Leidensweg. Das Jahr 1930 brachte auch für die Branchengruppen des Verbandes eine fürchterliche Arbeitslosigkeit. In der Loh- und Chromgerberei stieg die Zahl der Arbeitslosen von 5 141 im Januar auf 6 642 im Dezember, die Zahl der Kurzarbeiter von 4 496 auf 10 965. In der Weiss- und Sämischgerberei und Lederfärberei waren die Zahlen der Arbeitslosen 967 und 1 073, die der Kurzarbeiter 382 und 506. In der noch am besten beschäftigten Lederhandschuhbranche stieg die Zahl der Arbeitslosen von 965 auf 1196, während die Zahl der Kurzarbeiter von 906 auf 476 zurückging. Unter den Arbeitslosen und Kurzarbeitern der Lederhandschuhbranche befindet sich ein grosser Teil weiblicher Arbeitskräfte.

In der Lohn- und Tarifbewegung sind die Unternehmer im Berichtsjahr nicht auf ihre Rechnung gekommen, es gelang, Verschlechterungen der tariflichen Stundenlöhne abzuwehren. Für 914 Beteiligte wurde eine Verbesserung des Ueberstunden- und Sonntagsarbeitszuschlages erreicht, für 2 449 Beteiligte sonstige Verbesserungen. Abgewehrt wurden für 21 832 Personen eine Lohnkürzung um 79 565 Mark pro Woche und für 8 551 Personen sonstige Verschlechterungen.

Verschlechterungen traten ein im Lohn um 1 040 Mark pro Woche für 1 871 Personen, wobei zu beachten ist, dass manche Verschlechterung statistisch nicht erfasst werden konnte, vor allem nicht die betriebliche Regelung der Stücklohnsätze. Die Bewegungen wurden in 27 Fällen durch direkte Verhandlungen, in 21 unter Mitwirkung der tariflichen oder behördlichen Schlichtungsausschüsse beendet. Schlichtungsverfahren wurden eingeleitet in 13 Fällen auf Antrag der Arbeitnehmer, in 7 Fällen auf Antrag der beiden Parteien, in 1 Fall von amts wegen. Der Schiedsspruch wurde angenommen in 6 Fällen von den Arbeitnehmern, in 9 Fällen von beiden Parteien. Verbindlichkeitserklärung wurde beantragt in 6 Fällen von den Arbeitnehmern. In zwei Fällen erfolgte Verbindlichkeitserklärung. Die 21 Schlichtungsverfahren wurden für 33 800 Beteiligte eingeleitet. Am Schluss des Berichtsjahres 1930 bestanden 51 Tarifverträge für 749 Betriebe mit 38 161 Beschäftigten. Die Zahl der von den Tarifverträgen erfassten Personen ging um 3 362 zurück.

In der Mitgliederbewegung war im vergangenen Jahr ein Verlust von 1148 männlichen und 372 weiblichen, zusammen 1520 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1930 noch 34236, davon 26988 männliche und 7248 weibliche.

Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1 365 310 Mark, davon an Beiträgen 1 335 891 Mark. Die Gesamtausgabe betrug 1 371 718 Mark, sodass sich eine Mehrausgabe von rund 6 000 Mark ergibt. Das ist noch eingünstiger Abschluss. Das erste Halbjahr 1931 zeigt bereits ein weit ungünstigeres Bild. Ende 1930 betrug das Verbandsvermögen rund 960 000 Mark. Welche Anforderungen das Unterstützungswesen an die Organisation stellte, zeigen folgende Ziffern der Haupt-

kasse: Streik 1924 = 108 900 Mark, 1930 = 27 688 Mark, Gemassregeltenunterstützung 1924 = 0, 1930 = 32 034 Mark. Für die Arbeitslosenunterstützung lauten die entsprechenden Ziffern 16 688 und 368 977, Krankenunterstützung 15 418, und 138 854, Invalidenunterstützung 460 und 202 281, Notstandsunterstützung 6 693 und 11 242, Umzugsunterstützung 218 und 2 400, Sterbeunterstützung 2 001 und 47 354.

Schon diese Zahlen zeigen, mit welchen Schwierigkeiten zu kämpfen war und jetzt erst recht zu kämpfen ist. Wenn unter diesen Umständen der Verband sich aktionsfähig erhalten hat, so ist das ein gutes Zeichen.

SPD. Die Reichsfachkommission für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke im Gesamtverband, die dieser Tage in Cuxhaven zusammengetreten war, nahm zur zur Notverordnung eine Entschliessung an, in der sie in Uebereinstimmung mit den Erklärungen des Verbandsvorstandes und der Bezirksleiter vom 24. Juni scharf gegen die Schaffung eines Ausnahmerechtes gegen die Kommunalarbeiter Protest erhob. Nach der Kürzung der Löhne um 6 Prozent, verbunden mit weitgehender Kürzung der Arbeitszeit sei der von der Regierung diktierte neue Lohnabbau untragbar. Die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke müssten sich auf schwere Kämpfe vorbereiten, um die Durchführung der Anschläge der politischen und wirtschaftlichen Reaktion abzuwehren.

In einer weiteren Entschliessung wurde die sofortige Beseitigung der Technischen Nothilfe und die Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben gefordert,

In der Arbeitszeitfrage setzte sich die Konferenz sehr energisch für den Fortfall jeder über 48 Stunden auch in Wechselschichtbetrieben hinausgehenden Arbeit ein. Heutzutage müsse die vorhandene Arbeit auf möglichst viel Hände verteilt werden. Schon aus diesem Grunde könne der Einführung der Akkordarbeit nicht das Wort geredet werden. Annahme fand auf der Tagung die erneut erhobene Forderung auf restlose Ueberführung der Geldheber und Zählerableser in die Angestelltenversicherung.

In dem Bericht über die Entkommunalisierung wurden die gefährlichen Auswirkungen der von der Privatindustrie gestützten und von dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht betriebenen Politik aufgezeigt. Die Konferenz war sich einig in der Auffassung, dass nur langfristige Anleihen und ein gesunder Finanzausgleich die notwendige Hilfe für die Städte und Gemeinden bringen. Interessant war die Beweisführung für die Ueberlegenheit grosser Kommunalbetriebe bei Neuanfertigung und Reparatur von Gasmessapparaten.

Die Cuxhavener Tagung bot ein Bild von Geschlossenheit und gewerkschaftlicher Stärke.

SPD. In der grossen Streikbewegung, die zur Zeit in verschiedenen Teilen Spaniens im Gange ist, spielen wirtschaftliche und politische Motive eine Rolle. Zweifellos versuchen die Syndikalisten sich jetzt mehr Ellenbogenfreiheit zu verschaffen, nachdem sie sich in der Periode der Diktatur auffallend ruhig verhalten hatten. Allem Anschein nach wollen sie zunächst einmal die Nationalversammlung, die am Montag zusammentritt, unter Druck setzen. Die Streiks hätten jedoch nie so grossen Umfang annehmen können, wenn nicht genug Ursache zur Unzufriedenheit auf Arbeitnehmerseite vorhanden wäre. So war der Streik des Telefonpersonals nur möglich, weil die Haltung des Arbeitgebers, d.h. die amerikanische Gesellschaft, die den Telefon- und Telegrafendienst in Spanien als Monopol in der Hand hat, die Arbeitnehmer herausgefordert hätte. Die Gewinne der Gesellschaft sind gross, die Besoldung ist gering, der Dienst

schwer. Der Staat hatte infolge der Verträge mit der Gesellschaft nur geringe Möglichkeiten, von vornherein den Streik abzubiegen. Infolgedessen griffen die Angestellten zur Selbsthilfe.

SPD. Am Montag beginnt in Ulm der 16. ordentliche Verbandstag der Hutarbeiter. Auf dem Gründungskongress des Zentralvereins der deutschen Hutmacher war auch die Bruderschaft Ulm vertreten.

SPD. In der österreichischen Angestelltenschaft herrscht grosse Erregung. Die Regierung hat Gesetzesvorlagen eingebracht, wonach bei der Kreditanstalt, bei den Bundestheatern und aller Voraussicht nach bei der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft alle Dienstverhältnisse, die auf Kollektivverträgen beruhen, "ungeachtet entgegenstehender gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen" jederzeit mit Frist von einem Monat gekündigt werden können. Das bedeutet eine Gefährdung des ganzen Kollektivvertragssystems. Der Bund der freien Gewerkschaften sowie die Organisationen der Bank-, und der Bühnengestellten erheben dagegenschärfsten Protest. Sie haben in ihrem Abwehrkampf die ganze Arbeiterschaft hinter sich.

Der Vorstoss gegen den Kollektivvertrag ist eine Art Revanche für den Angriff der Sozialdemokratie auf die Riesengehälter und Riesentantiemen unfähiger Wirtschaftsführer. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und des Hauptausschuss des Nationalrates musste sich die Regierung bequemen, eine Vorlage einzubringen, wonach "Sonderverträge" der Direktoren und der Kreditanstalt erlöschen, und die Pensionen dieser Direktoren auf 15 000 Schilling pro Jahr herabgesetzt werden. Aehnliche Bestimmungen sollen auch für die hohen Künstlerhonorare der Bundestheater getroffen werden. Nur ungern rückte die Regierung den Riesenverdienern auf die Pelle. So hat sie sich im Verkehrsausschuss mächtig gegen einen sozialdemokratischen Antrag gewehrt, der eine Aufhebung des Vertrags des entlassenen Generaldirektors der Bundesbahnen Straffella forderte. Die Regierung kam mit der faulen Ausrede, sie könne nicht durch Gesetz vertragsmässige Rechte aufheben, Jetzt plötzlich, wo es vor allem gegen die Kleinen geht, kann sie es.

In Oesterreich gehts eben wie anderswo: muss man schon einmal wohl oder übel die Grossen packen, dann packt man auch gleich noch einmal die Kleinen, damit die Grossen ja keinen Grund zur Beschwerde haben.

SPD. Der Deutsche Baugewerksbund teilt, da der Anschluss der Dachdecker an den Bund anscheinend noch zu wenig bekannt geworden ist, nochmals mit, dass am 1. Juli die Uebersiedlung des Zentralverbandes der Dachdecker nach Berlin vor sich gegangen ist und damit diese Organisation als selbständiger Verband nicht mehr existiert. Die Berufsgruppe der Dachdecker hat sich als Reichsfachgruppe dem Deutschen Baugewerksbund angeschlossen. Die Anschrift für alle Angelegenheiten, die die Dachdecker betreffen, lautet deshalb nicht mehr Frankfurt/Main sondern Deutscher Baugewerksbund (Reichsfachgruppe der Dachdecker), Berlin SW 68, Friedrichstr. 5/6.

SPD. Die Duisburger Strassenbahn hatte die Absicht, wegen des starken Rückgangs ihrer Einnahmen 140 Mann des Personals zu entlassen. Durch Arbeitszeitverkürzung konnte die Entlassung vermieden werden.